

Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 59'124
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.077
Abo-Nr.: 1094524
Seite: 5
Fläche: 24'056 mm²

Region Basel macht Druck in Bundesbern

Politik protestiert gegen mangelhafte Bahnpläne

Von Daniel Ballmer, Bern

Daniela Schneeberger nimmt kein Blatt vor den Mund: «Ich denke schon, dass die Bundesverwaltung weit weg ist von den Menschen bei uns. Das dürfen wir nicht hinnehmen», sagt die Baselbieter FDP-Nationalrätin. «Da hat man manchmal ein ungutes Gefühl, die Region werde vernachlässigt. Dieser Eindruck ist klar da.» Wie die Baselbieter Regierung sind auch die regionalen Bundesparlamentarier auf dem völlig falschen Fuss erwischt worden. Ende Oktober hat der Bund sämtliche Bahnpläne des Baselbiets über den Haufen geworfen.

Noch im August hatte die Baselbieter Baudirektorin Sabine Pegoraro frohgemut angekündigt, den seit Jahrzehnten geforderten Ausbau der Bahnlinie im Laufental über eine Vorfinanzierung durch den Kanton zu beschleunigen. Der Doppelspurausbau soll verhindern, dass sich die Anschlüsse für die Reisenden aus dem Laufental und Jura am Basler Bahnhof SBB ab 2021 massiv verschlechtern. Dies, indem auf der Strecke Basel-Biel ein zweiter Schnellzug pro Stunde eingeführt worden wäre. 2021 wollen die SBB wegen eines Grossprojekts in Lausanne den Fahrplan umstellen. Und das hat Auswirkungen auf den Zugverkehr in der ganzen Schweiz.

Nicht widerstandslos hinnehmen

Dann aber kam Ende Oktober plötzlich die Schreckensnachricht: Am Bahnhof Basel SBB hat es gar keinen Platz für einen solchen zusätzlichen Schnellzug. Das zweite Gleis im Laufental bringt gar keinen Nutzen, solange der Flaschenhals Bahnhof SBB nicht beseitigt ist – nur hat daran bis vor Kurzem offensichtlich schlicht niemand gedacht.

«Wir sind von dieser Nachricht etwas überumpelt worden», sagt Dieter Leutwyler von der Baselbieter Baudirektion. «Es kann doch nicht sein, dass das Laufental über Jahre vom Bahnverkehr praktisch abgeschnitten ist.» Zwar ist für den Basler Bahnhof ein grosses Ausbauprojekt geplant. Dieses wird allerdings nicht vor 2025 fertiggestellt.

Schneeberger will die drohende Verschlechterung des Fahrplans aber nicht widerstandslos hinnehmen. Sie will es jetzt genau wissen und fragt beim Bundesrat an, wer dieses Problem «verschlafen» habe. «Schliesslich habe ich schon vor einem Jahr einen Vorstoss dazu eingereicht. Damals aber war von den Engpässen in Basel nicht ansatzweise die Rede. Ich kann das nicht verstehen», sagt sie. Gemeinsam mit den übrigen Nordwestschweizer Bundesparlamentariern will sie nun Druck auf den Bundesrat ausüben. Denn es könne nicht sein,

dass man hier zurückgestellt werde.

Kanton hat kaum Möglichkeiten

Widerstand ist auch in der Region selber entstanden. Die Parlamente der beiden Basel und des Juras haben alle eine Resolution verabschiedet, mit der sie fordern, die Einführung des zweiten Schnellzugs ins Laufental per 2021 nochmals zu prüfen. «Es darf nicht sein, dass das Laufental vier Jahre lang abgehängt wird», hatte die Baselbieter Baudirektorin Pegoraro im Landrat betont. Sie will nicht lockerlassen, bis eine Lösung auf dem Tisch liegt. Die SBB müssten den Fahrplanwechsel im Rahmen der Bauarbeiten in Lausanne auf 2025 verschieben. Damit wäre sichergestellt, dass die Anschlüsse auf den Fernverkehr in Basel gewährleistet bleiben. Allerdings sei der Kanton letztlich auf den Bund angewiesen, stellt Baudirektionssprecher Leutwyler klar. «Wir können nicht viel mehr machen, als unseren Protest kundtun.»

Nationalrätin Schneeberger will deshalb direkt in Bern den Druck aufrechterhalten: «Die Argumentation von Bund und SBB ist inakzeptabel. Hier wurde schlecht gearbeitet», kritisiert sie in ihrem Vorstoss. Offensichtlich habe man jahrelang falsch geplant. Befürchtet werden durch diesen Rückschlag bereits wirtschaftliche Folgen für die Region. «Wie werden diese kompensiert?», will die FDP-Nationalrätin deshalb vom Bundesrat wissen. Denn für sie scheint festzustehen: Die jetzige Ausgangslage ist inakzeptabel. Sie fordert nun zumindest eine annehmbare Übergangslösung.